

Brenke, Karl

Article

Rasanten Wachstum der Zahl kreativ Tätiger in Berlin

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brenke, Karl (2007) : Rasanten Wachstum der Zahl kreativ Tätiger in Berlin, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 31, pp. 493-496

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151532>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Rasanten Wachstum der Zahl kreativ Tätiger in Berlin

Die Zahl der Erwerbstätigen in „kreativen Tätigkeiten“ ist seit Mitte der 90er Jahre kräftig gestiegen. Besonders stark fiel das Wachstum in Berlin aus; jeder zehnte Kreative in Deutschland ist in der Hauptstadt tätig. Nach dem Jahr 2000 hat sich vor allem die Zahl der selbständigen Kreativen erhöht. Die meisten von ihnen beschäftigen keine Arbeitnehmer. Bei dieser Personengruppe dürfte es sich häufig um freie Mitarbeiter handeln. Kreativ Tätige sind vergleichsweise hoch qualifiziert. Sie leben und arbeiten vor allem in den großen Städten und stellen dort einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor dar.

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Anders als im ersten Beitrag in diesem Wochenbericht wird der kreative Bereich der Wirtschaft hier nach beruflichen Tätigkeiten abgegrenzt; dabei spielt die Zugehörigkeit der Beschäftigten zu Wirtschaftszweigen keine Rolle. So gehört ein Designer in einem Industriebetrieb zum kreativen Bereich, bei einer Abgrenzung nach Wirtschaftszweigen wird er hingegen nicht in die Betrachtung einbezogen. Umgekehrt findet eine Sekretärin, die in einer Werbeagentur arbeitet, hier keine Berücksichtigung, während sie bei der an Wirtschaftszweigen orientierten Definition zum kreativen Bereich gerechnet wird.

Das Konzept der „creative class“ oder des „creative capital“ geht auf Richard Florida zurück.¹ Als Kreative gelten dabei nahezu alle Erwerbspersonen, die über eine hohe Qualifikation verfügen oder anspruchsvolle Tätigkeiten ausüben. Die für den vorliegenden Beitrag gewählte Definition ist dagegen deutlich enger gefasst. Als Kreative werden hier zum einen Personen betrachtet, die in ihrem Hauptberuf überwiegend künstlerisch, journalistisch oder unterhaltend tätig sind. Zum anderen werden nachfolgende Berufe als kreativ eingestuft (in Klammern die Codes nach der geltenden Klassifizierung der Berufe): Architekten, Raumplaner (609), Foto-, Film-, Videolaboranten (634), Werbefachleute (703), Softwareentwickler (775), Publizisten (821), Dolmetscher (822), Bibliothekare, Archivare, Museumsfachleute (823), Künstler (831–835), Fotografen (837), Artisten, Berufssportler, künstlerische Hilfsberufe (838), Statistiker, Marktforscher und verwandte Berufe (887).

2. Bericht

Rasanten Wachstum der Zahl
kreativ Tätiger in Berlin
Seite **493**

¹ Florida, R.: The Rise of the Creative Class. New York 2004 (Erstausgabe 2002).

Tabelle 1

Erwerbstätige in kreativen Tätigkeiten nach ihrem Ausbildungsabschluss¹

Anteile in %

	Berlin	Andere große Städte	Übriges Deutschland
1996			
Ohne Ausbildung	13	14	11
Lehre, Fachschule	28	32	44
Hochschule, Fachhochschule	60	54	45
2000			
Ohne Ausbildung	15	16	10
Lehre, Fachschule	28	31	45
Hochschule, Fachhochschule	57	53	45
2004			
Ohne Ausbildung	17	13	10
Lehre, Fachschule	24	28	42
Hochschule, Fachhochschule	59	59	48

1 Wohnortkonzept.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Datengrundlage der Untersuchung sind die Ergebnisse des Mikrozensus² für 1996, 2000 und 2004; nur in diesen Jahren wurden die hier benötigten Informationen erhoben. Der Vorteil des Mikrozensus gegenüber anderen Quellen – wie der häufig bei Untersuchungen zur Kreativwirtschaft verwendeten Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – ist, dass er alle Gruppen von Erwerbstätigen enthält, auch Selbständige. Der Nachteil besteht

2 Beim Mikrozensus handelt es sich um eine amtliche Bevölkerungsumfrage, die bis 2005 jährlich durchgeführt wurde und mit der 1% der Bevölkerung erfasst werden soll. Die „Scientific Use Files“ mit Individualdaten, die das Statistische Bundesamt der Wissenschaft zur Auswertung zur Verfügung stellt, sind 70%-Stichproben des Mikrozensus.

Tabelle 2

Erwerbstätige in kreativen Tätigkeiten nach ihrem Erwerbsstatus¹

Anteile in %

	Berlin	Andere große Städte	Übriges Deutschland
1996			
Selbständige	41	36	29
Arbeitnehmer – Vollzeit	46	54	59
Arbeitnehmer – Teilzeit ²	13	11	12
2000			
Selbständige	40	31	29
Arbeitnehmer – Vollzeit	44	56	57
Arbeitnehmer – Teilzeit ²	16	13	14
2004			
Selbständige	47	40	32
Arbeitnehmer – Vollzeit	42	48	53
Arbeitnehmer – Teilzeit ²	11	12	15

1 Wohnortkonzept.

2 Einschließlich geringfügig Beschäftigter.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

darin, dass mit einer Stichprobe tief gegliederte Analysen in regionaler und beruflicher Hinsicht nicht möglich sind. Nachfolgend wird daher lediglich zwischen Berlin, anderen deutschen Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern und den übrigen Regionen unterschieden.³ Die regionale Zuordnung der Erwerbstätigen erfolgt – zumindest bei der Betrachtung im Zeitverlauf – nach ihrem Wohnort, nicht nach ihrem Arbeitsort.⁴

Hoher Anteil von Akademikern und Selbständigen unter den Kreativen

Die Ausübung kreativer Tätigkeiten ist oft mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss verbunden; bei etwa der Hälfte der Kreativen ist das der Fall (Tabelle 1). In der Beobachtungsperiode von 1996 bis 2004 hat sich an der Qualifikationsstruktur wenig verändert. Mitte der 90er Jahre war der Akademikeranteil unter den Kreativen in Berlin am höchsten. In den anderen Großstädten ist er aber mittlerweile gestiegen und erreicht nun das Berliner Niveau. Im selben Zeitraum hat der Anteil der Kreativen ohne Berufsausbildung in Berlin zugenommen; er ist jetzt etwas höher als in den übrigen Städten.

Über den gesamten Zeitraum von 1996 bis 2004 betrachtet ist in den großen Städten der ohnehin hohe Anteil der Selbständigen unter den Kreativen deutlich gestiegen, dies gilt in besonderem Maße für Berlin (Tabelle 2). Bei dieser Personengruppe handelt es sich wohl in vielen Fällen nicht um Unternehmer im herkömmlichen Sinn, sondern eher um freie Mitarbeiter. Der allergrößte Teil der Selbständigen in kreativen Berufen beschäftigt nämlich keine Arbeitnehmer (Tabelle 3). Anders als in den übrigen Großstädten hat der Anteil der Selbständigen ohne Beschäftigte in Berlin stark zugenommen; er lag im Jahr 2004 bei 95 %.

3 Im Datensatz für 2004 belaufen sich die ungewichteten Fallzahlen der Kreativen für Deutschland insgesamt auf 4 200; davon entfallen reichlich 600 auf Berlin und knapp 1 400 auf die anderen Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern. Fritsch und Stützer haben die Daten der Statistik sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter, ergänzt um die der Künstlersozialkasse, verwendet, um die Verteilung der kreativ Tätigen auf die deutschen Landkreise und kreisfreien Städte zu untersuchen. Das ist mit dem Mikrozensus nicht möglich. Vgl. Fritsch, M., Stützer, M.: Die Geographie der Kreativen Klasse in Deutschland. Raumforschung und Raumordnung, Nr. 1/2007.

4 Für die hier verfolgte Fragestellung müssten die Erwerbstätigen regional eigentlich nach ihrem Arbeitsort zugeordnet werden, weil es um die Beschäftigung der Kreativen in Berlin im Vergleich zu den anderen großen Städten geht. Hinreichende Angaben über den Arbeitsort gibt es im Mikrozensus jedoch nur für das Jahr 2004. Allerdings zeigen sich keine großen Abweichungen, wenn man für das Jahr 2004 die kreativ Tätigen sowohl nach dem Wohnort- als auch nach dem Arbeitsortkonzept gliedert. Eine solche Gegenüberstellung lässt sich auf der Ebene der Bundesländer vornehmen. Danach kommt Berlin bei Kreativen auf ein marginales Pendlerdefizit (Überschuss von Auspendlern). Hamburg hat einen Pendlerüberschuss von knapp 10 %. Zum Vergleich: Bei den übrigen Erwerbstätigen kommt Berlin auf einen Einpendlerüberschuss von 7 % und Hamburg auf einen solchen von 19 %.

Tabelle 3

Anteil der Selbständigen, die keine Arbeitnehmer beschäftigen, an allen Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in kreativen Tätigkeiten¹

In %

	Berlin	Andere große Städte	Übriges Deutschland
1996	84	85	72
2000	89	82	75
2004	95	85	77

¹ Wohnortkonzept.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Zahl der Kreativen wächst in Berlin besonders stark

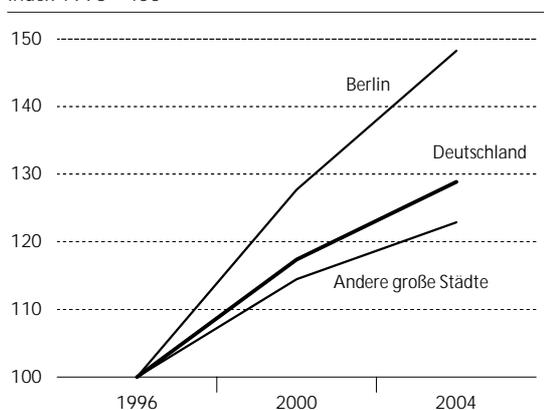
In Berlin hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit kreativen Tätigkeiten von 1996 bis 2004 um fast 50 % erhöht; sie ist damit doppelt so stark gestiegen wie in den anderen großen Städten (Abbildung 1). Die Entwicklung in der ersten Teilperiode bis 2000 war offenbar auch geprägt vom damaligen Boom der Internet-Wirtschaft, denn nach 2000 war das Wachstumstempo etwas langsamer. Dazu dürfte auch die generelle Konjunkturflaute in diesen Jahren beitragen haben.

Zwischen 1996 und 2000 wurde der Anstieg der Zahl kreativ Tätiger noch etwa zur Hälfte von den abhängig Beschäftigten getragen, nach 2000 hingegen fast ausschließlich von den Selbständigen

Abbildung 1

Erwerbstätige in kreativen Tätigkeiten nach Regionen

Index 1996 = 100



¹ Wohnortkonzept.

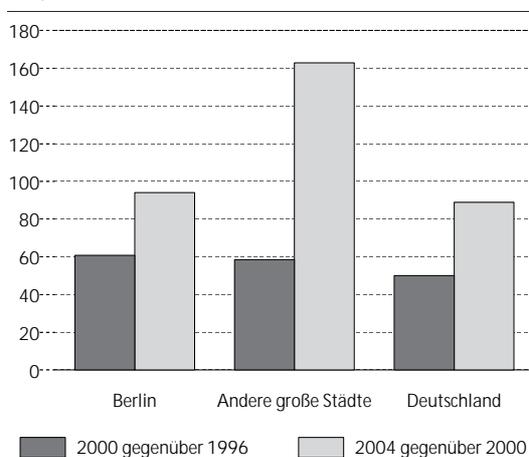
Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Abbildung 2

Beiträge der Selbständigen zur Beschäftigungszunahme in kreativen Tätigkeiten¹

In %



¹ Wohnortkonzept.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

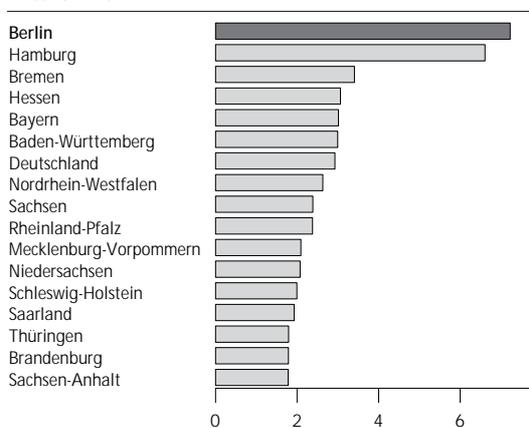
(Abbildung 2). Dies gilt sowohl für Deutschland insgesamt als auch für Berlin. In den übrigen großen Städten war der Wachstumsbeitrag der Selbständigen sogar größer als 100 %, d. h. es stieg nur die Zahl der Selbständigen, die der abhängig Beschäftigten sank.

Berlin hatte 2004 unter den Bundesländern mit 7,5 % den höchsten Anteil Kreativer an allen Erwerbstätigen

Abbildung 3

Bedeutung der kreativ Tätigen für die Erwerbstätigkeit nach Bundesländern¹

Anteile in %



¹ Wohnortkonzept.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

gen, knapp dahinter lag Hamburg mit etwas weniger als 7% (Abbildung 3). Auch bei diesem Bundesländer-Ranking zeigt sich, dass die Kreativen vor allem in den großen Städten Bedeutung haben. Ein Zehntel aller kreativ Tätigen in Deutschland entfällt auf Berlin.

JEL Classification:
L82, Z1

Keywords:
Creative class,
Self-employment

Fazit

Die Zahl der kreativ Erwerbstätigen ist seit Mitte der 90er Jahre in Berlin viel kräftiger gewachsen als in den anderen deutschen Großstädten. Besonders stark stieg in Berlin die Zahl der selbständig tätigen

Kreativen. Dabei dürfte es sich in vielen Fällen nicht um Unternehmer im eigentlichen Sinn, sondern um freie Mitarbeiter handeln.

Nach der hier gewählten Definition übten in Berlin im Jahr 2004 gut 110 000 Personen – rund 7,5% aller Erwerbstätigen – kreative Tätigkeiten aus. Die Bedeutung dieser Gruppe für die Wirtschaft der Stadt dürfte indes erheblich größer sein, als es in ihrem Beschäftigungsanteil zum Ausdruck kommt. Kreative Aktivitäten strahlen auf andere Bereiche der Wirtschaft aus. Sie sind vielfach die Voraussetzung für Innovation und Wachstum, und sie tragen erheblich zum Image einer Region bei.

„Neu aufstellen“

DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann über die Risiken für den Aufschwung, die Reformdefizite der Bundesregierung und die Zukunft seines Instituts

Professor Zimmermann, die Weltwirtschaft boomt, die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist gut wie lange nicht mehr. Doch jetzt signalisiert der ZEW-Indikator, dass die Konjunktur in Deutschland ihren Höhepunkt überschritten hat. Wie lange hält der Aufschwung noch?

Die Aussichten sind günstig, dass die weltwirtschaftliche Lage vorerst stabil bleibt. Die amerikanische Wirtschaft wächst zwar etwas langsamer, aber Asien und Osteuropa werden weiter expandieren wie bisher. Davon werden die deutschen Exporteure weiter profitieren. Zudem hat die Binnenwirtschaft ihre Schwäche endgültig überwunden, die Unternehmen investieren so kräftig wie seit Jahren nicht mehr. Und 2008 wird auch der Konsum zu einer Stütze für die Konjunktur werden.

Dennoch: Gibt Ihnen der Einbruch wichtiger Frühindikatoren nicht zu denken?

Nein, für einen bevorstehenden Abschwung gibt es nicht genügend Anzeichen. Der Rückgang der Frühindikatoren ist eher eine Normalisierung. Die Konjunkturreuphorie der vergangenen Monate habe ich eh nicht geteilt. Daher bin ich auch über die Rückkehr der Frühindikatoren in den Normalbereich nicht überrascht.

Was macht Sie so optimistisch, dass der private Konsum anspringen wird? Bisher gibt es dafür noch keine Anzeichen.

Zu Beginn dieses Jahres hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer den privaten Verbrauch zwar gedämpft. Aber anders als manche Pessimisten damals prognostiziert hatten, ist die deutsche Wirtschaft dadurch nicht in die Rezession gerutscht. Meine Zuversicht für den weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres gründet sich auf zwei Faktoren: die weitere Zunahme der Beschäftigung und die spürbaren Lohnzuwächse. Beides erhöht die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und kurbelt den Konsum an.

Ist das auch der Grund dafür, dass sich der Aufschwung in Europa in den vergangenen Monaten unvermindert fortgesetzt hat, obwohl die US-Konjunktur schon seit einiger Zeit nicht mehr rund läuft? Hat sich der alte Kontinent wirtschaftlich von den USA abgekoppelt?

Der konjunkturelle Zusammenhang scheint sich in jüngster Zeit etwas gelockert zu haben. Der Grund dafür ist in der Tat, dass die binnenwirtschaftlichen Kräfte bei uns mittlerweile stark genug sind, um dämpfende Impulse aus den USA abzufedern. Aber das heißt nicht, dass die USA keinen Einfluss mehr auf unsere Konjunktur hätten. Andere Kraftzentren der Weltwirtschaft wie etwa Asien und Lateinamerika sind noch nicht in der Lage, die Rolle der USA als weltweite Konjunkturlokomotive zu übernehmen. Daher ist Amerika nach wie vor der wichtigste Trendsetter für die globale Konjunktur. Europa folgt diesem Trend mit zeitlichem Abstand.

Welches sind die größten Risiken für den Aufschwung? Die Aufwertung des Euro?

Ich halte die Risiken für überschaubar. Auch der starke Euro ist kein Problem für die deutschen Unternehmen, solange die Aufwertung mit einer kräftig wachsenden Weltwirtschaft einhergeht. Sie hat sogar den Vorteil, dass sie den Anstieg der Importpreise bremst und damit die Kaufkraft der Konsumenten stärkt. Problematisch würde es erst, wenn die weltweiten Handelsungleichgewichte eine massive Dollarkrise und damit einen drastischen Höhenflug des Euro nach sich ziehen würden.

Beobachter rechnen damit, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins von derzeit 4,0 Prozent weiter anheben wird. Gefährdet das nicht die Konjunktur?

Die Lohn-, Preis- und Wechselkursentwicklung in der Währungsunion bietet der Notenbank keinen Anlass, allzu stark auf die geldpolitische Bremse zu treten. Die an den Finanzmärkten erwarteten weiteren Zinsschritte für dieses Jahr von insgesamt maximal 0,5 Prozentpunkten sind angemessen und werden den Aufschwung nicht abwürgen. Das wäre nur der Fall, wenn die Währungshüter die Leitzinsen weit über dieses Ausmaß hinaus erhöhen würden. Dann könnte die Konjunktur in der Tat Probleme bekommen.

Mit der guten wirtschaftlichen Lage und angesichts der Landtagswahlen im nächsten Jahr scheint der Reformeifer der Regierung erlahmt zu sein. Droht uns für den Rest der Legislaturperiode bis 2009 ein Reformstillstand?

Ich befürchte ja, die Wahrscheinlichkeit ist hoch. Aber das ist nicht überraschend. Angesichts der Landtagswahlen im nächsten Jahr war von Beginn an klar, dass die große Koalition nur ein bis zwei Jahre Zeit für Reformen hat. Sie hat versucht, in vielen Feldern Handlungsfähigkeit zu beweisen. Bei der Gesundheitsreform ist das Ergebnis allerdings äußerst unbefriedigend ausgefallen. In der Arbeitsmarktpolitik läuft die Regierung sogar Gefahr, nach den Hartz-Reformen von Rot-Grün das Rad wieder zurückzudrehen. Statt den Arbeitsmarkt zu deregulieren, installiert sie neue Beschäftigungsbremsen. Deshalb muss sich die Regierung nicht wundern, wenn der Aufschwung an den Langzeitarbeitslosen vorbeigeht.

Dennoch ist der Arbeitsmarkt in Bewegung gekommen. Manche Ökonomen prognostizieren für nächstes Jahr schon, dass die Zahl der Arbeitslosen unter drei Millionen sinkt.

Das halte ich für ziemlich unrealistisch. Vielleicht wird die Zahl in dem einen oder anderen Monat diese Marke unterschreiten, im Jahresdurchschnitt aber mit Sicherheit nicht. Dazu müsste unsere Wirtschaft noch stärker wachsen. Hinzu kommt, dass der größte Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland strukturelle Ursachen hat. Selbst mit der besten Konjunktur können Sie die nicht beseitigen. Dazu bedarf es struktureller Reformen.

Die Regierung will die Langzeitarbeitslosigkeit durch Lohnzuschüsse für ältere und jugendliche Arbeitslose bekämpfen. Ist das kein erfolgsträchtiger Weg?

Nein, so wie die Maßnahmen konzipiert sind, bieten sie kaum Aussicht auf Erfolg. Denn sie zielen in erster Linie darauf ab, flächendeckend das Einkommen der Problemgruppen bei Aufnahme einer Arbeit aufzubessern. Damit ist die Gefahr verbunden, dass es zu unkontrollierbaren Mitnahmeeffekten kommt. Die Erfahrung zeigt, dass Lohnzuschüsse nur dann die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter verbessern, wenn sie von den Arbeitsagenturen in wohl dosiertem Umfang und unter Berücksichtigung der Umstände im jeweiligen Einzelfall an die Unternehmen gezahlt werden.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering will Langzeitarbeitslose auch dadurch von der Straße holen, dass er ihnen eine zeitlich befristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei einem staatlichen Arbeitgeber vermittelt.

Das ist im Prinzip nichts anderes als eine Neuauflage der alten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die sich schon in der Vergangenheit als ungeeignet zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit erwiesen haben. Weil den Betroffenen dabei keine marktnahen Qualifikationen vermittelt werden, fallen sie am Ende der staatlichen Beschäftigung wieder in die Arbeitslosigkeit zurück. Statt ihre Energie auf ungeeignete Maßnahmen zu konzentrieren, sollte die Regierung lieber alles daran setzen, potenziell Langzeitarbeitslose schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehören etwa Personen über 50, die kürzer als ein Jahr arbeitslos sind. Die könnten wir durch zielgenauere Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen vergleichsweise leicht wieder in Beschäftigung bringen. Bisher aber tun wir für diese Gruppe zu wenig.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit klagen die Unternehmen über einen zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Angesichts der demografischen Entwicklung könnte sich dieses Problem in den nächsten Jahren noch verschärfen. Was können wir dagegen tun?

Experten warnen schon seit Jahren vor diesem Mangel. Wegen der demografischen Entwicklung betrifft er bald aber nicht mehr nur die Hochqualifizierten, sondern auch die mittlere Qualifikationsebene. Wir müssen deshalb unsere Bildungsanstrengungen massiv erhöhen, vom vorschulischen Bereich bis zur Weiterbildung im fortgeschrittenen Alter. Allerdings wirken solche Maßnahmen nur langfristig. Hinzu kommt, dass wir die Menschen nicht zwingen können, sich eine gesuchte Qualifikation anzueignen, indem sie Ingenieurwissenschaften oder Informatik studieren. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren nicht umhin kommen, uns stärker als bisher für Zuwanderer zu öffnen.

Dagegen sträuben sich die Politiker der Regierungskoalition aber.

Ja, aber das hat auch etwas damit zu tun, dass wir uns die Zuwanderer bisher nicht ausgesucht haben. Andere Länder wie Australien und Kanada betreiben dagegen eine selektive Einwanderungspolitik und suchen sich exakt die Personen aus, die sie unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten benötigen. Ein solches Vorgehen stärkt die Akzeptanz von Zuwanderern bei der einheimischen Bevölkerung. Auch wir werden in Zukunft eine selektive Einwanderungspolitik betreiben müssen. Diese Einsicht wächst auch unter den Politikern. Ich bin deshalb optimistisch, dass wir in fünf Jahren über ein Auswahlverfahren für Einwanderer verfügen.

Ihr Forschungsinstitut, das DIW, ist bei der jüngsten Ausschreibung der Frühjahrs- und Herbstgutachten zur Beurteilung der deutschen Konjunktur nicht zum Zuge gekommen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat dies mit einem schlechten Preis-Leistungsverhältnis des DIW-Angebots begründet. Was haben Sie falsch gemacht?

Das Wirtschaftsministerium hat seine Entscheidung damit begründet, dass das DIW-Angebot das preislich teuerste war. Das nehmen wir erst einmal so hin. Aber die Behauptung, die Qualität der Konjunkturabteilung sei unzureichend und es fehle eine funktionierende Leitung, ist schlichtweg falsch. Ein Blick auf die Publikationsleistung unserer Konjunkturforscher zeigt, dass ihre Arbeit höchsten Qualitätsmaßstäben genügt. Wir hatten in den vergangenen Jahren eine öffentliche Diskussion, dass die wirtschaftspolitische Beratung in Deutschland wissenschaftlich besser unterfüttert werden sollte. Vor diesem Hintergrund ist es problematisch, dass das Wirtschaftsministerium seine Vereinbarung mit den Instituten gebrochen hat und auch wissenschaftlich kaum ausgewiesene Thinktanks zu dem Bieterverfahren zugelassen hat. Dass zudem auch noch Institute in die zweite Runde kamen, deren politische Unabhängigkeit fraglich ist, hat eine hohe politische Relevanz für den zukünftigen Inhalt der Konjunkturgutachten.

Bei den Gutachten steht nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums die politikrelevante Beratungsleistung im Vordergrund. Wäre es da nicht besser gewesen, Sie hätten erfahrene Mitarbeiter am DIW gehalten, statt auf neue, wissenschaftlich ausgewiesene Forscher zu setzen, die aber unerfahren im Beratungsgeschäft sind?

Der Wissenschaftsrat und die Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, in der die Institute zusammengeschlossen sind, haben schon vor Jahren als Aufgabe der Wirtschaftsforschungsinstitute definiert, forschungsbasierte Beratungsleistungen anzubieten. Das war auch eine klare Ansage an die Politik, die sich das eine Zeit lang zu Herzen genommen hat. Deshalb kam es ja zu den Reformprozessen in den Instituten. Die Aufgabe, hochklassig zu forschen und gleichzeitig die Politiker zu beraten, ist im Tagesgeschäft zwar nicht immer einfach zu erfüllen. Aus Sicht des DIW gibt es dazu aber keine Alternative.

Wie erklären Sie sich die Kritik anderer Institute, die Mitarbeit der DIW-Ökonomen an den Gutachten hätte zu wünschen übrig gelassen?

Im Vorfeld der jüngsten Ausschreibung der Konjunkturgutachten gab es eine breite Diskussion um die inhaltliche Neugestaltung der Gemeinschaftsdiagnose. Das DIW hat darauf gedrängt, dass sich die Institute mehr auf makroökonomisch relevante Fragen der Analyse und Prognose der Konjunktur mittels moderner Methoden konzentrieren. Dafür wollten wir Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen wie etwa der Gesundheitsreform zurückdrängen, weil wir glauben, dass die Konjunkturgutachten nicht der richtige Ort dafür sind. Diese grundsätzlichen Fragen waren zwischen den Instituten umstritten. Die Regierung hat sich nun offenbar für eine andere Form der Gutachten entschieden, als das DIW sie angestrebt hat. Deshalb sind wir eigentlich ganz froh, dass wir nicht mehr dabei sind.

Sie erwägen also keine rechtlichen Schritte mehr gegen die Entscheidung des Ministeriums?

Wir haben alle Schritte geprüft und uns dafür entschieden, nicht juristisch, sondern fachlich und forschungspolitisch mit guter Arbeit auf die Entscheidung des Ministeriums zu antworten.

Dem DIW entgehen durch den Ausschluss von den Gutachten jährlich rund 200 000 Euro Einnahmen. Müssen Sie Ihre Konjunkturabteilung jetzt verkleinern oder schließen?

Eine Schließung kommt nicht in Frage. Dafür sind konjunkturelle Fragestellungen viel zu wichtig. Aber wir werden uns noch stärker anstrengen müssen, Drittmittel einzuwerben, auch auf dem internationalen Markt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir die Stärke der Konjunkturabteilung halten können.

Wird sich das DIW bei der nächsten Ausschreibung in drei Jahren erneut um eine Teilnahme an den Gutachten bewerben?

Solange sich an der grundsätzlichen Struktur der Ausschreibung sowie der inhaltlichen Konzeption der Gemeinschaftsdiagnose nichts ändert, wird es für uns nicht sehr attraktiv sein, uns erneut zu bewerben. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn wir uns bis dahin für andere Kundengruppen neu aufgestellt haben, die wir dann wieder aufgeben müssten.

Wirtschaftswoche Nr. 30/2007, 28.

Georg Zachmann, Christian von Hirschhausen

First Evidence of Asymmetric Cost Pass-through of EU Emissions Allowances: Examining Wholesale Electricity Prices in Germany

This paper applies the literature on asymmetric price transmission to the emerging commodity market for EU emissions allowances (EUA). We utilize an error correction model and an autoregressive distributed lag model to measure the relationship between CO₂ price changes and the development of wholesale electricity prices. Using data from the German market for electricity and EUAs, we find that the rising prices of EUAs have a stronger impact on wholesale electricity prices than falling prices – the first empirical evidence of asymmetric cost pass-through for these new allowances.

Discussion Paper No. 708

July 2007

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Olaf Groh-Samberg

Economic Gains from Publicly Provided Education in Germany

The aim of this paper is to estimate income advantages arising from publicly provided education and to analyse their impact on the income distribution in Germany. Using representative micro-data from the SOEP and considering regional and education-specific variation from a cross-sectional perspective the overall result is the expected levelling effect. When estimating the effects of accumulated educational transfers over the life course within a regression framework, however, and controlling for selectivity of households with children as potential beneficiaries of educational transfers, we find evidence that social inequalities are increasing from an intergenerational perspective, reinforced in particular by public transfers for non-compulsory education, thus negating any social equalisation effects achieved within the compulsory education framework.

Discussion Paper No. 709

July 2007

Niklas Potrafke

**The Timing of Employment Breaks:
How Does It Affect Pension Benefits?
Empirical Evidence from Germany**

This paper provides empirical evidence how the timing of employment breaks affects pension benefits in Germany. Analysing the biographical data set from the German Pension Insurance (SUF VVL 2004) the employment histories of individuals aged 21 to 60 can be mirrored in detail. We relate differences in pension benefits to employment breaks due to unemployment and parental leave in the individual life cycle, distinguishing by gender. Three different career phases (early, middle and late) are distinguished and respective social policy phases are considered. As predicted by human capital theory, the losses due to career interruptions in the early and middle employment period differ. However, the negative effects due to unemployment in the late employment period are only weak. This finding detects special characteristics of the covered age-groups in the data set.

Discussion Paper No. 710

July 2007

Spyros Konstantopoulos, Amelie Constant

**The Gender Gap Reloaded:
Are School Characteristics Linked to Labor Market Performance?**

This study examines the wage gender gap of young adults in the 1970s, 1980s, and 2000 in the US. Using quantile regression we estimate the gender gap across the entire wage distribution. We also study the importance of high school characteristics in predicting future labor market performance. We conduct analyses for three major racial/ethnic groups in the US: Whites, Blacks, and Hispanics, employing data from two rich longitudinal studies: NLS and NELS. Our results indicate that while some school characteristics are positive and significant predictors of future wages for Whites, they are less so for the two minority groups. We find significant wage gender disparities favoring men across all three surveys in the 1970s, 1980s, and 2000. The wage gender gap is more pronounced in higher paid jobs (90th quantile) for all groups, indicating the presence of a persistent and alarming „glass ceiling.“

Discussion Paper No. 711

July 2007

Thure Traber, Claudia Kemfert

**Impacts of the German Support for Renewable
Energy on Electricity Prices, Emissions and Profits:
An Analysis Based on an European Electricity Market Model**

Effects of renewable support legislation on electricity prices have been analyzed with a plethora of models. However, these models neglect at least one of the following aspects which we take into account in our analysis: oligopolistic market behavior of dominant firms, emission trading, restricted electricity trade and production capacities, and effects on producer prices and firm profits. In this paper we use the electricity market model EMELIE and decompose the impact of the feed-in of renewable energy in Germany into two effects: a substitution effect triggered by the displacement of conventional sources and a permit price effect induced via the ETS. We find that the renewable support increases consumer prices slightly by 0.1 Eurocent/kWh, while the producer price decreases by 0.4 Eurocent/kWh. In addition, emissions from electricity generation in Germany are reduced by 32 Mt CO₂, but are hardly altered if we consider the European electricity sector in total. Finally, the profits of most firms are significantly reduced by the support policy unless the firms combine relatively carbon intensive production equipment with a loose connection to the German grid.

Discussion Paper No. 712

July 2007

Hannes Spengler, Sandra Schaffner

**Using Job Changes to Evaluate the Bias
of the Value of a Statistical Life**

This paper presents a new approach to obtain unbiased estimates of the value of a statistical life (VSL) with labor market data. Investigating job changes, we combine the advantages of recent panel studies, which allow to control for unobserved heterogeneity of workers, and conventional cross-sectional estimations, which primarily exploit the variation of wage and risk between different jobs. We find a VSL of 6.1 million euros from pooled cross-sectional estimation, 1.9 million euros from the static first-differences panel model and 3.5 million euros from the job-changer specification. Thus, ignoring individual heterogeneity causes overestimates of the VSL, whereas identifying the wage-risk tradeoff not only by means of between job variation (job-changer model) but also on the basis of noisy variation on the job (panel models) may lead to underestimates of the VSL. Our results can be used to perform cost-benefit analyses of public projects aimed at reducing fatality risks, e.g., in the domains of health, environmental or traffic policy.

Discussion Paper No. 713

July 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

DIW @ school

AUSGABE 1/2007

ERSCHEINT ZWEIMAL JÄHRLICH
www.diw.de/atschool

Was ist DIW@school?

DIW@school ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), erscheint zweimal jährlich und wird den Schulen kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung gestellt.

DIW@school liefert Unterrichtsmaterial über die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. Alle Beiträge stammen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des DIW Berlin.

Für wen ist DIW@school?

DIW@school richtet sich an Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer für den Wirtschafts- und Politikunterricht in allgemeinbildenden und berufsbegeleitenden Schulen.

Das DIW Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung.

Wir glauben, dass viele aktuelle Probleme mit Hilfe der ökonomischen Forschung besser verstanden werden können. Meistens schreiben wir darüber so, dass uns nur Fachkollegen verstehen. Was von Ökonomen untersucht und der Politik vorgeschlagen wird, geht aber alle an – gerade auch Schüler, die in Zukunft besonders betroffen sind, wenn heute in der Wirtschaft etwas schief läuft.

Impressum

Herausgeber: DIW Berlin
Redaktion: Renate Bogdanovic
Kurt Geppert
Redaktionelle Mitarbeit:
Sandra Proske
Layout und Satz: Hella Steinke

Wichtiger Hinweis!

Seit 1. Juli 2007 erreichen Sie uns unter einer neuen Adresse:
Mohrenstr. 58
10117 Berlin
<http://www.diw.de/atschool>
mailto: school@diw.de

Inhalt

Was ist eigentlich...?

... eine Heuschrecke **2**

Deutschland in Zahlen

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland **5**

Forschung in Kürze

Musikdownloads und Kopierschutz **6**

Schwerpunktthema mit Hintergrund

Eine nachhaltige Energiepolitik ist notwendig – mittels erneuerbarer Energien **9**

Abbildungen zum Schwerpunktthema **12**

Was sind erneuerbare Energien? **14**

Forschung im Original

Erfolgreiche Arbeitssuche weiterhin meist über informelle Kontakte und Anzeigen **17**

Die gute Frage zum Schluss ...

Warum muss die Wirtschaft wachsen? **23**